



Informationsdienst von Martin Kastler MdEP Ausgabe 23 vom 15. März 2011

- **Mit einer Stimme für die Metropolregion**
- **Europäischer Leitfaden zur Vergabe in der Daseinsvorsorge**
- **Skandal: Abtreibung zur Methode der Familienplanung erklärt**
- **Finanzmarkt steht in der Verantwortung**
- **Faire Bedingungen für Europas Bauern**
- **Parlament zeigt der Türkei die gelbe Karte**
- **EP fordert den Rücktritt Gaddafis**
- **Neue Initiative: Dem Mittelstand den Rücken stärken**
- **Seltene Rohstoffe - die EU-Kommission muss aktiv werden!**
- **EU-Schulobstprogramm: In fast jeder zweiten Schule Mittelfrankens**

Mit einer Stimme für die Metropolregion

“Mittelfrankens Zukunft nachhaltig gestalten – europäische Impulse geben” – so lautet der Titel eines von Martin Kastler erarbeiteten Positionspapieres, das die CSU-Bezirksverbände Mittelfranken und Nürnberg-Fürth-Schwabach in einem gemeinsamen “Metropolentreffen” präsentiert haben. Kernanliegen sind eine bessere Vernetzung von Stadt und Land, mehr Förderung und die Verbesserung der Infrastruktur – etwa beim Ausbau des Airports Nürnberg und seiner Verkehrsanbindung, als Magnet für ganz Nordbayern



Die Europäische Metropolregion Nürnberg, so Kastler, sei ein innovatives Musterbeispiel erfolgreicher, integrierter Landesentwicklung in Bayern, die das Land seit den 70er Jahren pflege. Fortschritte habe es –

wie in Nürnberg – dort gegeben, wo Stadt und Land miteinander kooperierten. Doch auch Nürnberg und Umgebung hätten noch weiteres Entwicklungspotential. “Wir brauchen eine übergreifende Ballungsraumpolitik”, so die Forderung in Kastlers Papier. Entschieden stellt er sich zusammen mit den Staatsministern Söder und Herrmann sowie den anderen mittelfränkischen Mandatsträgern gegen Überlegungen zur Gründung einer eigenen “Zukunftskommission für den ländlichen Raum”. Das sei kontraproduktiv: “Wir brauchen eine ausgewogene Zukunftskommission für Bayern.”

Um noch mehr Fördergelder aus Land, Bund und Europa nach Mittelfranken zu holen, schlägt Kastler einen modellhaften Ausbau der Informationspolitik im Regierungsbezirk vor: “Wir müssen näher ran an Menschen, Mittelstand und Ehrenamt.” Mit Pilotcharakter errichtet werden könnten etwa “Förderläden” im ländlichen Raum sowie eine “regionale Clearingstelle Land & Stadt” (CLaSta) zur besseren Verzahnung der Entwicklungen in Stadt und Land – eingerichtet im Haus der Bayern Innovativ in Nürnberg.

MEIN TIPP: Europäischer Leitfaden zur Vergabe in der Daseinsvorsorge

Was muss man bei der Inhouse Vergabe beachten? Wo liegt die Grenze zwischen wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Dienstleistungen? Antworten auf all diese Fragen gibt ein neuer Leitfaden der Europäischen Kommission zur Vergabe im Bereich der Daseinsvorsorge. Unter anderem wird dort erklärt, wie die Mitgliedstaaten Leistungen der Daseinsvorsorge in Einklang mit den Vorschriften über staatliche Beihilfen finanzieren können, ohne dass die einschlägigen Mittel das notwendige Maß übersteigen. Der Leitfaden beantwortet auch Fragen zur Übertragung von Leistungen der Daseinsvorsorge auf externe Dienstleister und zur Kalkulation des entsprechenden Entgelts. Wichtige Begriffe wie „Leistungen der Daseinsvorsorge“, „allgemeines Interesse“ oder „Betrauungsakt“ werden geklärt. Der Leitfaden (93 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/docs/guide-segi_de.pdf

Skandal: Abtreibung zur Methode der Familienplanung erklärt

"Das sind trojanische Pferde auf Papier - eine Skandalentscheidung!" - so klar hat Martin Kastler letzte Woche zwei Entscheidungen des Europäischen Parlaments kritisiert. Dabei geht es um die Berichte zum "Abbau gesundheitlicher Ungleichheiten in der EU" (Bericht Estrela) und der "Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU" (Bericht Nedelcheva). Beide seien im Detail haarsträubend: So erklärten die Berichte Abtreibung unverhohlen zu einer Methode der Familienplanung und der Verhütung. Das sei grausamer Hohn am Recht auf Leben und auf Menschlichkeit! Kastler hatte zusammen mit anderen christlichen Abgeordneten bis zuletzt versucht, diese Passagen zu vermeiden - im Ende aber

stimmte doch eine Mehrheit im Plenum dafür.

Finanzmarkt steht in Verantwortung

Die Finanzkrise hat uns gezeigt: Nicht immer handelt jemand, der hochriskante Produkte vertreibt, nur auf eigenes Risiko. nein, tun das viele, fällt die Last der Schulden letztlich auf die Schultern der Gemeinschaft. Diesem Umstand Rechnung tragen soll die Idee einer gemeinsamen Finanztransaktionssteuer für Europa: "Höheres Risiko, höhere Steuer" - so die einfache Formel die das Europäische Parlament empfiehlt, um in öffentlichen Haushalten weiteren, milliardenschweren Krisen vorzubeugen.

Umsetzen soll das die Finanztransaktionssteuer. Sie gebe die Möglichkeit, den Finanzmarkt bei der Konsolidierung stärker in die Pflicht zu nehmen. Dabei soll sich die neue Steuer am Risiko des Produkts orientieren. CDU und CSU hatten sich für die Schaffung dieses Finanzinstruments eingesetzt, da es zur Stabilisierung der Finanzmärkte beitrage und die - gerade durch die Finanzkrise schwer gebeutelten - öffentlichen Haushalte unterstütze.

Eigentlich wäre die Steuer ein globales Projekt - das bringt die Entschließung des Parlaments auch zum Ausdruck. Trotzdem sei es gut, in Europa mit gutem Beispiel voran zu gehen. Das setze aber auch Geschlossenheit voraus: Eine Einführung nur für die Euro-Zone lehnt die CSU ab. Dann nämlich bliebe gerade der Finanzplatz London außen vor - und das ganze Projekt wäre wirkungslos. Die Höhe der Steuer, so heißt es sinngemäß in der Entschließung, solle sich am Risiko des Produkts orientieren. Damit wäre Fairness garantiert. Unterschieden werden solle etwa zwischen Kreditausfallversicherungen, hochspekulativen Derivaten und den Standardwerten in Aktiendepots von Kleinanlegern.

Faire Bedingungen für Europas Bauern

Topthema Landwirtschaft: In Vorbereitung auf die neue Förderperiode diskutiert das Europäische Parlament gerade das Grünbuch zur Agrarpolitik. Federführend als Berichterstatter ist der CSU-Europaabgeordnete Albert Dess. Im Plenum dieser Woche hat das Parlament die EU-Kommission aufgefordert, die Interessen der europäischen Landwirtschaft und Verbraucher auch bei internationalen Handelsverhandlungen offensiver zu vertreten.

Eine weitere Marktöffnung für landwirtschaftliche Einfuhren dürfe es nur geben, wenn sichergestellt wird, dass die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft erhalten bleibt. Zudem dürfe die EU bei den Verhandlungen zur Doha-Runde keine weiteren Zugeständnisse im Bereich Landwirtschaft machen.



Es sei notwendig, faire Bedingungen für Europas Landwirte auf dem Weltmarkt zu schaffen. Europas Landwirte hätten die weltweit strengsten Umwelt- und Tierschutzstandards erfüllen - und können deshalb nicht zu den gleichen Preisen produzieren wie andere Wettbewerber auf dem Weltmarkt. Sie dürften durch die strenge EU-Gesetzgebung nicht auf dem Weltmarkt benachteiligt werden. Und auch das will das Parlament offensiv angehen: So sollen Importe aus Drittstaaten die gleichen Garantien beim Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz bieten.

Parlament zeigt Türkei die gelbe Karte

Konsequent - das ist der Kurs des Europäischen Parlaments bei den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei: In einer dieser Woche verabschiedeten Resolution rügt das Plenum mit einer breiten Mehrheit die zu langsamen Reformen und besteht weiter auf der Einhaltung aller Beitrittskriterien. Dabei war es die EVP-Fraktion, die den Versuch europäischer Sozialisten und Grünen verhinderte, der vorsah, die Aufnahmefähigkeit der EU als Beitrittskriterium fallen zu lassen.

"Ich sage: Egal, wer der EU beitreten möchte - einen Sonderstatus bei den Verhandlungen darf es nicht geben. Die Kopenhagener Kriterien für Rechtsstaat, Demokratie, Menschenrechte und funktionierende soziale Marktwirtschaft gelten für alle. Da gibt es auch keinen Sonderstatus für die Türkei. Sozialisten und Grünen sind da auf einem Holzweg." Klar ist auch: Die Türkei bleibt ein wichtiger Partner für Europa.

Sehr ärgerlich war der Auftritt des türkischen Präsidenten Erdogan in Deutschland. Seine Rede in Düsseldorf war provokativ. Allein seine Behauptung, dauerhaft in Deutschland lebende Türken mit deutscher Staatsbürgerschaft hätten in erster Linie eine Loyalitätspflicht zur Türkei, steht gegen allen Integrationswillen. Und die Forderung, türkische Kinder in Deutschland müssten zunächst einmal türkisch lernen, geht vollkommen an den Realität junger Türken hierzulande vorbei.

EP fordert den Rücktritt Gaddafis

Die Situation in Libyen ist eine Nagelprobe für die gemeinsame Außenpolitik der EU. Zögerliches Handeln kann sich Europa als Nachbar - angesichts der menschenverachtenden Angriffe Gaddafis aufs eigene Volk - nicht erlauben.

Mit großer Mehrheit hat das Europäische Parlament vergangene Woche eine Resolution verabschiedet, in der es die EU-Außenministerin Catherine Ashton zu Handeln auffordert. So solle die EU den Nationalen Übergangsrat als offizielle Vertretung der libyschen Opposition anerkennen. In der von allen politischen Fraktionen eingebrachten Entschließung rufen die Abgeordneten weiterhin die Mitgliedstaaten dazu auf, sich für eine mögliche Flugverbotszone unter UN-Mandat über Libyen "bereit zu halten". Damit sollen Angriffe des Gaddafi-Regimes auf die Bevölkerung verhindert und die Heimreise oder Neuansiedlung von flüchtenden Migranten unterstützt werden. Das Europäische Parlament fordert Muammar Gaddafi zum sofortigen Rücktritt auf.

Weitreichende Thesen kamen in der Aussprache vom außenpolitischen Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Elmar Brok (CDU). Er forderte - Ashtons zögerlicher Taktik entgegenend - die schnelle Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen. Die Welt könne nicht zusehen, wie das Gaddafi-Regime die eigene Bevölkerung abschlachte. Und so lange die Staatengemeinschaft keine Bodentruppen einsetze, sei das Risiko überschaubar. Broks konkreter Vorschlag: Kampfjets von Kriegsschiffen aus abzuschießen, um die libysche Armee von weiteren Bombardierungseinsätzen abzuhalten. Dazu brauche man aber die Zustimmung der arabischen Liga.

Kastler dazu: "Ich frage mich in dem Zusammenhang, wo die von Sarkozy so wichtig genommene Mittelmeer-Union eigentlich steckt? Sie könnte in diesem Konflikt wirklich wertvolle Arbeit leisten - aber dafür wurde sie anscheinend nicht geschaffen."

Dem Mittelstand den Rücken stärken!

Europa stärkt den Mittelstand! Die Zahlen überzeugen: In den etwa 23 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)

sind 90 Millionen Menschen und damit 67 % der Arbeitskräfte im privaten Sektor beschäftigt. Instrument der Unterstützung ist der „Small Business Act (SBA)“, mit dem seit 2008 der Verwaltungsaufwand verringert und der Zugang von KMU zu Finanzierungsquellen sowie zu neuen Märkten (z.B. Förderung von Ausfuhren und Messebeteiligungen) unterstützt wird.

Im vor kurzem vorgelegten Fortschrittsbericht hat die EU-Kommission nun einen umfassenden Aktionsplan mit 48 Punkten vorgestellt. Unter anderem ein vereinfachter Zugang zu Krediten, Kreditbürgschaften und Wagniskapital, eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage, neue Mehrwertsteuerstrategien, ein einheitliches europäisches Vertragsrecht, einfachere Rechnungslegungsstandards für GmbHs und die Überarbeitung des europäischen Normungswesens.

Viele der hier umgesetzten Entlastungen gehen zurück auf Vorschläge der Entbürokratisierungskommission unter Leitung unseres ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber. Er und sein Team leisten ganze Arbeit!

Der bereits in Deutschland und sieben weiteren EU-Staaten "KMU-Test" für die nationale Gesetzgebung soll EU-weit vorgeschlagen werden. Dabei soll die Gesetzesfolgenabschätzung für kleine und mittlere Firmen künftig auch unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Unternehmensgrößen erfolgen. Umfassende Informationen zum Small Business Act unter http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/small-business-act/index_de.htm

Die Kommissionsmitteilung (29 Seiten) mit der Zwischenbilanz, neuen Vorschlägen und einer umfangreichen Liste von bewährten Verfahren in den einzelnen Mitgliedstaaten finden Sie ebenfalls online unter http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/small-business-act/files/sba_review_de.pdf

Seltene Rohstoffe - EU-Kommission muss aktiv werden!

Kritische Fragen an die EU-Kommission gab es vergangene Woche im Rahmen einer Aussprache zur kritischen Lage bei der Versorgung der europäischen Industrie mit Metallen und seltenen Erden. Ohne diese Metalle geht heute technisch fast nichts mehr: Egal, ob TV, Handy oder der Computer - überall sind kleinste Mengen der seltenen Erden und Metalle drin. Zudem sind sie der Schlüssel zur Entwicklung vieler umweltfreundlicher Technologien. Windkraftturbinen und Hybridfahrzeuge etwa stehen ohne sie im wahrsten Sinn des Wortes still.

Fakt ist: Rund 97 Prozent dieser wichtigen Rohstoffe liegen in China. Und nun gefährden die angedrohten Exportbeschränkungen den Zugang der europäischen Industrie zu Metallen der seltenen Erden. Wenn Europas Industrie nicht gänzlich von China abhängig sein will, muss die EU-Kommission endlich handeln! Bisher bremst sie sich selbst aus - etwa durch unklare Zuständigkeiten. Angesichts der Gefahr für die europäische Industrie dürfen die Generaldirektionen der EU-Kommission keine Kleinstaaterei betreiben. Die EU-Kommission muss eine kohärente Politik gegenüber China betreiben, um die Versorgung Europas mit wichtigen Rohstoffen sicherzustellen. Die bisher nur auf dem Papier bestehende Strategie zur Rohstoffsicherheit muss umgesetzt werden.

EU-Schulobstprogramm: In fast jeder zweiten Schule Mittelfrankens!

22 Millionen Kinder in Europa sind übergewichtig. Ganz konkret etwas dagegen zu tun, war und ist Anliegen des von der EU aufgelegten Schulobstprogrammes: Kinder erhalten in der Pause gesundes Obst - und Europa bezahlt. Hierzulande kommt die Idee gut an: Laut Bayerischer Landesanstalt für Landwirtschaft nehmen am Schul-

fruchtprogramm in Bayern zur Zeit 1.131 von 2.417 Grundschulen teil. Dies entspricht einem Anteil von rund 47 %. - Tendenz steigend. In Mittelfranken nehmen 127 von 281 Grundschulen am Schulfruchtprogramm teil. Dies entspricht einem Anteil von rund 45 %.

Europaweit aber läuft die Umsetzung insgesamt eher schleppend. Im ersten Jahr wurden nur 33 Millionen der insgesamt bereitgestellten 90 Millionen Euro ausgegeben, Im Agrarausschuss des Europäischen Parlaments hat man nun eine erste Bilanz gezogen - und überlegt, wo die Fehler des Programms lagen. Übrigens: Interessierte Schulen und Obstproduzenten finden Informationen unter <http://www.stmelf.bayern.de/agrarpolitik/programme/foerderwegweiser/37281/>

Impressum:

Martin KASTLER MdEP

Abgeordnetenbüro Brüssel
Europäisches Parlament

60, rue Wiertz, ASP 15E218
B-1047 Brüssel
Tel. : +32 (0)2 28 47 53 8
Fax : +32 (0)2 28 49 53 8

martin.kastler@europarl.europa.eu

Folgen Sie Martin Kastler auch auf:



Redaktion:
Martin Kastler MdEP, Tobias Gotthardt

V.i.S.d.P.:
Martin Kastler MdEP

Fotos: Europäisches Parlament, privat